



Annette Dittert ist seit 2008 als Studioleiterin und Senior Correspondent für die ARD in London tätig. Davor war sie in gleicher Funktion in Warschau und New York.

BBC – Vom Vorbild zum Problemfall?

Von Annette Dittert

Als eine der bekanntesten Moderatorinnen der BBC, Emily Maitlis im August 2022 in einer vielbeachteten Rede auf dem Edinburgh-TV-Festival erklärte, warum sie den Sender einige Monate zuvor verlassen hatte, ging ein Aufschrei durch die britische Presse. Denn so klar und eindringlich hatte noch niemand öffentlich deutlich gemacht, was spätestens seit dem Brexit aber jeder beobachten konnte. Die BBC, so Maitlis, sei kein Ort mehr für unabhängigen Journalismus. Der Grund: Der direkte Druck der konservativen Regierung sei so immens geworden, dass eine ausgewogene Berichterstattung kaum mehr möglich sei (vgl. Maitlis 2022).

Aus dem für das öffentlich-rechtliche System leuchtenden Vorbild BBC, dem ältesten und prestigeträchtigsten „Public Service Broadcaster“ der Welt, scheint innerhalb weniger Jahre ein von der Exekutive dominierter Problemfall geworden zu sein. Ist das wirklich so, und wenn ja, wie konnte das passieren?

Der bislang aufsehenerregendste und öffentlichste Versuch direkter politischer Einflussnahme auf einen BBC-Mitarbeiter war die Affaire um Gary Lineker im März 2023. Der mit Abstand populärste Sportmoderator des Senders war vom BBC-Generaldirektor Tim Davie höchstpersönlich suspendiert worden, nachdem er einen regierungskritischen Tweet absetzte, indem er der Innenministerin vorwarf, eine Wortwahl im Zusammenhang mit Geflüchteten zu verwenden, die an die Sprache des Deutschlands in den 30er Jahren erinnere (vgl. Linneker 2023). Damit habe er gegen die Richtlinien zur politischen Neutralität der BBC, der vieldiskutierten „impartiality“ verstoßen, so die Begründung. Zuvor hatten Premierminister Rishi Sunak und seine Innenministerin Suella Braverman einen Gesetzesentwurf vorgestellt, der irregulär eingereisten Menschen das Recht auf Asyl verwehren soll. Braverman hatte in diesem Zusammenhang von einer „Invasion“ von Bootsflüchtlingen gesprochen und auch sonst zunehmend ein Narrativ der Bedrohung etabliert (vgl. Köhler 2023). Linekers Wortwahl hatte so durchaus ihre Berechtigung. Nachdem in einer beispiellosen Solidaritätswelle sämtliche andere Sportmoderatoren die BBC boykottierten, und über das ganze folgende Wochenende keine moderierten Sportsendungen mehr stattfinden konnten, musste Tim Davie die Suspendierung wieder aufheben, zumal der Moderator als

freier Mitarbeiter den strengen Neutralitätsregeln der BBC de facto gar nicht unterliegt. Die britischen Zeitungen titelten folgerichtig: „Lineker-BBC 1:0“. Die überwiegende Mehrheit der Briten sah den Eklat ähnlich, der Sender sei in vorauseilendem Gehorsam einer übergriffigen Regierung gegenüber mutlos eingeknickt. Für den BBC-kritischen rechtslibertären Flügel der Tories hingegen war die Wiedereinsetzung Linekers nur ein weiterer Beleg dafür, dass das Modell eines gebührenfinanzierten Senders generell nicht mehr zu halten sei. Der Streit um Lineker demonstriert damit vor allem eins: Angesichts einer zunehmend rechtspopulistisch agierenden Regierung in Großbritannien ist die BBC heute wie nie zuvor in Gefahr, zwischen alle Fronten zu geraten. Gleichzeitig war „Linekergate“ nicht mehr als ein grelles Aufblitzen einer Entwicklung, die weit früher begonnen hatte.

Abhängigkeit von der Exekutive

Die eigentlichen Wurzeln dieser Entwicklung liegen in der direkten strukturellen Abhängigkeit der BBC von der jeweiligen Exekutive in Großbritannien. Anders als in Deutschland, wo Grundlage und Existenzberechtigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom Bundesverfassungsgericht festgelegt werden, und damit dem direkten Zugriff der Politik entzogen sind, wird die Rechtsgrundlage der BBC, die „Royal Charter“ alle zehn Jahre unmittelbar von der Regierung ausgearbeitet, die dort ihren direkten Einfluss je nach Belieben vergrößern kann. So ist z.B. die Aufsichtsratsstruktur seit 2017 „vereinfacht“ worden, es gibt statt mehrerer Gremien jetzt nur noch das BBC Board. Dessen Vorsitzender, der sogenannte Chair, sowie fünf der zehn Mitglieder werden direkt von der jeweiligen Regierung eingesetzt. Der Generaldirektor, der zuvor weitgehend eigenständig für das Programm verantwortlich war, untersteht mit der neuen Struktur seit 2017 jetzt unmittelbar dem mächtigen Chair, der ab sofort auch direkten Einfluss auf das Programm nehmen kann. In seiner detailreichen Untersuchung der neuen Royal Charter kommt Robert Rook zu dem klaren Schluss: „Dieser Machtverlust zugunsten eines von der Regierung ernannten Funktionärs mindert die Eigenständigkeit der BBC und stärkt den indirekten Einfluss der Regierung auf die BBC“ (Rook 2019, S. 193).

Die neuen Möglichkeiten seit 2017 wurden von den jeweiligen britischen Regierungen aber nicht etwa dezent genutzt, sie

Der Generaldirektor, der zuvor weitgehend eigenständig für das Programm verantwortlich war, untersteht seit 2017 unmittelbar dem mächtigen Chair.

wurden in den Jahren danach direkt, unmittelbar und schamlos ausgeschöpft, um Personen an die Spitze der BBC zu setzen, die nicht nur auf Regierungslinie waren, sondern noch dazu den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zuvor offen bekämpft hatten.

Als z. B. im Sommer 2021 ein neuer Chair ernannt werden musste, drang aus der Downing Street, dass Charles Moore der Kandidat der Regierung sei, ein Tory, der sich regelmäßig als oberster Gegner des öffentlich-rechtlichen Systems erklärt hatte und sogar vor Gericht verurteilt worden war, weil er sich weigerte, seine Gebühren zu zahlen. Die Personalie wurde nach einiger Zeit zwar wieder zurückgezogen. Doch stattdessen ging der Posten dann an Richard Sharp, Banker und Vorstandsmitglied des rechten Thinktanks „Centre for Policy Studies“, ebenfalls ein enger Vertrauter Boris Johnsons, ebenfalls kein Freund der BBC (vgl. Mortimer 2023). Zufällig hatte Sharp den Tories in den vergangenen Jahren umgerechnet knapp eine halbe Million Euro

Die politische Neutralität gelte offenbar nur für die Mitarbeiter, nicht für die Aufsichtsgremien, erklärten BBC-Journalisten in Hintergrundgesprächen.

gespendet. Ein unabhängiger Vorsitz sieht anders aus. Als Anfang 2023 zusätzlich herauskam, dass Sharp, kurz bevor er von Boris Johnson, der zu diesem Zeitpunkt noch Premierminister war, auf den Posten berufen wurde, Johnson einen persönlichen Kredit von umgerechnet knapp einer Million Euro vermittelt hatte, schlugen die Wellen der öffentlichen Empörung zwar zunächst hoch, Sharp aber blieb monatelang weiter im Amt trotz einer offiziellen Untersuchung, die gegen ihn eingeleitet wurde. Noch vor wenigen Jahren hätte allein das zwingend zu seinem unmittelbaren Rücktritt geführt. Die vielbeschworene politische Neutralität gelte offenbar nur für die Mitarbeiter und nicht für die Aufsichtsgremien, erklärten zunehmend irritierte BBC-Journalisten in Hintergrundgesprächen, bei denen sie aber lieber anonym bleiben wollten. Erst als der Abschlussbericht Ende April '23 eindeutig zu dem Schluss kam, Sharp habe während seines Berufungsverfahrens klar gegen die Regeln verstoßen, indem er den Kredit für Johnson während des Verfahrens nicht erwähnt habe, erklärte Sharp gezwungenermaßen seinen Rücktritt, ohne dabei allerdings auch nur einen Hauch von Reue zu zeigen.

BBC verliert an öffentlicher Unterstützung

Das alles führt zu einem öffentlichen Legitimitätsverlust der BBC. Ausgerechnet diejenigen, die sich bis vor einigen Jahren besonders stark für das Prinzip eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks eingesetzt haben, die sogenannte linksliberale Mit-

te, wenden sich zunehmend ab von einem Sender, der für sie nur noch Regierungspropaganda verbreitet. Der rechtslibertäre Flügel der Tories hingegen bleibt bei seiner Position, die BBC als solche abschaffen zu wollen, und zeigt sich dabei völlig ungerührt von allen Versuchen der BBC, diesen Flügel durch „vorsichtige“ Berichterstattung zu befrieden. Damit steckt die BBC in einem Teufelskreis. Je regelmäßiger sie sich ängstlich der Regierungslinie unterwirft, je mehr verliert sie an öffentlicher Unterstützung bei denen, auf die es für sie vor allem ankommt, nämlich bei den Briten, die das Prinzip des öffentlich-rechtlichen Systems als unabhängigem Gegenpart zur Politik noch hochhalten.

Das alles hat in der Praxis dazu geführt, dass ich selbst als Journalistin, die tagtäglich über die politischen Geschehnisse in Großbritannien berichtet, mich nicht mehr auf die von der BBC produzierten Nachrichten so verlassen kann, wie das noch vor 2016 (vgl. Dittert 2023, S. 26) möglich war. Stattdessen muss ich jetzt eine Vielzahl von anderen Medien parallel beobachten, um eine einigermaßen objektive Sicht der Dinge wiedergeben zu können.

Der Blick von Deutschland auf den alten grossen Leuchtturm des „public broadcasting“ entbehrt dabei nicht einer gewissen Ironie: Waren es doch ausgerechnet die Briten, die uns Deutschen nach dem Krieg das öffentlich-rechtliche System als ein föderales verordneten, und damit sicherstellten, dass nach dem Zweiten Weltkrieg der zentrale Zugriff auf ein nationales Rundfunksystem durch die Politik nicht mehr möglich sein sollte.

Bei sich zu Hause hielt man solche Überlegungen damals für nicht nötig. Im Licht der aktuellen Entwicklungen aber muss genau das jetzt auch in Großbritannien geschehen, eine grundlegende Reform, die die BBC strukturell, inhaltlich und finanziell wirklich unabhängig macht von der jeweils regierenden Exekutive.

Andernfalls dürfte sie in Zeiten des rücksichtslosen Populismus weiter zerrieben werden, und ihre Stellung und einstmalige Bedeutung für die britische Gesellschaft kaum dauerhaft aufrechterhalten können.

Es muss eine grundlegende Reform geschehen, die die BBC strukturell, inhaltlich und finanziell unabhängig von der regierenden Exekutive macht.

Literatur

Dittert, Annette (2023): *WHAT NEXT, AUNTIE BEEB? Die BBC vor ungewisser Zukunft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 73. Jg., H. 25, S. 25-29.*

- Köhler, Imke (2023): Londons radikale Asyl-Pläne: In: *tagesschau.de* vom 7.3. <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/asylrechtsreform-grossbritannien-101.html>.
- Lineker, Gary (2023): Post vom 7.3. <https://twitter.com/GaryLineker/status/1633111662352891908>.
- Maitlis, Emily (2022): James MacTaggart Memorial Lecture 2022. Edinburgh TV Festival 2022. <https://www.youtube.com/watch?v=eodRBtSAvLM>.
- Mortimer, Josiah (2023): BBC Chairman Donated Tens of Thousands of Pounds to Right-Wing Group Funding Criticism of BBC. In: *bylinetimes.com* vom 24.2. <https://bylinetimes.com/2023/02/24/bbc-chairman-donated-tens-of-thousands-of-pounds-to-right-wing-group-funding-criticism-of-bbc/>.
- Rook, Robert (2019): *Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland und im Vereinigten Königreich. Ein Rechtsvergleich*. Wiesbaden.

Alle Internetquellen zuletzt aufgerufen am 16.3.2024.